

Religion ist für gläubige Menschen der individuelle Wunsch nach Sinnfindung und moralischer Orientierung in ihrem Leben.

Diese Sinnstiftung durch Religion kann auch für die Gesellschaft als Ganzes eine wichtige Ressource darstellen, als Quelle moralischer Reflektion oder als Motivation zum Gemeinsinn – natürlich nur sofern sie unserem aufgeklärten, freiheitlich-emanzipatorischen Grundverständnis nicht widerspricht.

Die Globalisierung und die weltweiten Wanderungs- und Fluchtbewegungen haben besonders in Metropolen wie Hamburg dazu geführt, dass Menschen unterschiedlicher Religionen zugewandert sind.

Unser Hamburger Weg, mit dieser Herausforderung in unserem städtischen Alltag umzugehen, heißt nicht Ausgrenzung und Spaltung, sondern heißt Dialog der Religionen und Integration für ein tolerantes Miteinander aller Glaubensrichtungen und Weltanschauungen – selbstverständlich immer auf der Grundlage unserer Verfassung und der dort verankerten Werteordnung.

Das Selbstverständnis unserer Gesellschaft, unseres Grundgesetzes ist säkular, aber nicht atheistisch: Jeder darf glauben, was er will, aber niemand muss irgendetwas glauben oder sich zu irgendeiner Religion oder Weltanschauung bekennen. Ausdruck dieses Grundverständnisses ist die Religionsfreiheit.

Die Religionsfreiheit ist ein Grund- und Menschenrecht. Jeder Mensch hat die Freiheit, seine Glaubensüberzeugung oder auch sein weltanschauliches Bekenntnis uneingeschränkt auszuüben – im Rahmen unserer Verfassung.

Die Anerkennung der Religionsfreiheit ist die Grundlage des interreligiösen Zusammenlebens, die von allen Glaubensgemeinschaften anerkannt und verteidigt wird. Sie gilt für alle Religionen und Glaubensrichtungen gleichermaßen, und zwar ohne Dominanz und Unterordnung, sondern gleichberechtigt und auf Augenhöhe.

Wer in unserer Stadt Politik macht, muss sich entscheiden, ob er diesen Integrationsprozess unterstützen will, oder ob er die Religionszugehörigkeit zum Objekt von Diskriminierung und Ausgrenzung machen will. Die SPD-Fraktion steht eindeutig und klar für den Integrationsprozess und den interreligiösen Dialog in unserer Stadt und hat ihn seit Jahren erfolgreich vorangetrieben.

Ein bedeutsames Beispiel für diesen Integrationsprozess ist das Interreligiöse Forum Hamburg, das Menschen unterschiedlicher Religionen zusammenführt. Dort haben sich die ev. und kath. Kirche, die Jüdische Gemeinde und die Schura, die Aleviten, die Buddhisten und weitere Religionsgemeinschaften sowie die Akademie der Weltreligionen zusammengeschlossen und sind von der gemeinsamen Vision geleitet, dass Menschen

unterschiedlicher Religionszugehörigkeit und Weltanschauung in Hamburg friedlich mit einander leben, einander in ihrer jeweiligen religiösen Tradition achten und gemeinsam Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen.

Das Forum und die in ihm zusammenwirkenden Glaubensgemeinschaften leisten viele konkrete Beiträge, um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen, vor allem Gelegenheiten zum gegenseitigen Kennenlernen der Religionen und zur Stärkung des guten Miteinanders in den Stadtteilen.

PM des IFH vom 20. April 2016:

„Mit Sorge nehmen wir zur Kenntnis, dass eine politische Partei in unverantwortlicher Weise Stimmung macht gegen Religionsgemeinschaften in unserem Land. Politiker der AfD maßen sich an, dem Islam den Charakter einer Religion abzusprechen und schüren Vorurteile auch gegenüber anderen Religionen und etwa jüdischen Bräuchen und Geboten. Das ist der Versuch, die Gesellschaft zu spalten – es ist das Gegenteil von Integration. Mit Nachdruck wenden wir uns gegen alle Bestrebungen, Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen gegeneinander aufzuhetzen.

Längst sind alle großen Weltreligionen in Deutschland und in Hamburg zu Hause. Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland heißt es: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“ (Artikel 4 des GG). Diese Religionsfreiheit ist unverhandelbar. Sie ist eine wichtige Grundlage für das friedliche Zusammenleben in unserem Land. Extremisten dürfen keine Chance bekommen, hier Hass und Zwietracht zu säen. Wir rufen daher alle Menschen guten Willens dazu auf, den Dialog zwischen den Religionen in Wort und Tat zu befördern.“